

# Zwischen Planbarkeit und Unberechenbarkeit

Einmal mehr bescherten die Sommermonate den öffentlichen Stadträumen fette Schlagzeilen. Für Aufruhr und Medienpräsenz sorgten über Internetplattformen geplante Massenbesäufnisse Jugendlicher. Nur ein Beispiel veränderten Lebensgefühls und unsteten Zeitgeistes, die zu immer wieder neuen Phänomenen im öffentlichen Raum führen. Die wichtigsten Trends im öffentlichen Raum werden oft mit den Begriffen Privatisierung, Kommerzialisierung, Mediterranisierung und Eventisierung umschrieben. Was sich in den öffentlichen Stadträumen abspielt, wird für die Politik immer mehr zu einem Grenzgang zwischen Planbarkeit und Unberechenbarkeit. Umso wichtiger ist es, Bedeutung und Funktion von öffentlichen Stadträumen vermehrt wieder öffentlich zu diskutieren und neue Ansätze für die Bewältigung der Herausforderungen zu entwickeln.

Öffentliche Stadträume erfreuen sich zunehmend grösserer Beliebtheit. Sie dienen als Treffpunkte und Aufenthaltsorte: Jugendliche skaten, Passantinnen und Passanten durchqueren sie, unterschiedliche Szenen, auch gesellschaftlich Randständige, sind präsent, reden, trinken, essen. Die Aneignungen und Nutzungen dieser Räume sind komplex und oft widersprüchlich. Darin zeigen sich unterschiedliche Ansprüche an Sauberkeit und Sicherheit, spielen sich lokale Interessenskonflikte zum Beispiel zwischen Raumnutzenden und Anwohnerschaft ab und manifestieren sich internationale Trends wie zum Beispiel die Zunahme von Videoüberwachung.

## Wenn die Planung mit dem Unvorhergesehen umgehen muss

Plätze und Pärke sind für viele Aktivitäten zum zweiten Wohnzimmer geworden und werden durch neue Verhaltensformen geprägt wie beispielsweise das Schwarmverhalten von Jugendlichen, die sich im Ausgang über ihre Handys organisieren. Diese Entwicklungen stellen das Management des öffentlichen Raums vor grosse Herausforderungen. Durch die intensivere Nutzung nehmen Unterhaltungsmöglichkeiten und kommerzielle Angebote zu, und der öffentliche Raum dient als Treffpunkt für den Austausch zwischen Bevölkerungsgruppen und Kulturen.

Es ist Aufgabe von Politik und Verwaltung, einerseits diese Vielfalt der Nutzungen zu ermöglichen und zu managen, andererseits Nutzungskonflikte möglichst zu vermeiden oder gering zu halten. Wohl am planbarsten ist die Vielfalt der kommerziellen Anforderungen an den öffentlichen Raum, die sich im Anspruch, den öffentlichen Raum für Events und Veranstaltungen zu nutzen, manifestiert. Hier kommen die



*An öffentlichen Plätzen treffen unterschiedliche Verhaltensnormen, Nutzungsarten und auch kulturelle Unterschiede aufeinander. (Bild: Hochschule Luzern)*

Instrumente des Bewilligungswesens zum Zuge, und in einigen Städten sind inzwischen Formen von Bespielungsplänen und des Eventmanagements installiert.

Mehr mit dem Unplanbaren, Unberechenbaren und Unvorhersehbaren hat man es bei der alltäglichen Nutzung des öffentlichen Raums zu tun. Besonders in den vorabendlichen und abendlichen Freizeitstunden sowie nachts treffen unterschiedliche Verhaltensnormen, Nutzungsarten und kulturelle Unterschiede direkt aufeinander, was zu Nutzungskonflikten führen kann. Treten Folgeprobleme wie Littering, Ruhestörungen, Vandalismus oder auch Unsicherheitsgefühle in der Bevölkerung auf, ist viel Flexibilität im Umgang mit dem Unberechenbaren gefordert. Eine bloss Regulation der Nutzung durch

Kontrolle und Verbote kann nicht genügen, es braucht Konzepte, welche die Strömungen und Kräfte im öffentlichen Raum in eine positive Richtung lenken und nutzen. Dieser Spagat zwischen der Förderung von wünschenswerten Entwicklungen und der Eindämmung von negativen Folgeerscheinungen erfordert viel Feingefühl und ein differenziertes Abwägen von Managementoptionen.

## Durch Beteiligung neue Verantwortlichkeiten schaffen

Gut gepflegte und konfliktarme öffentlichen Räume sind weiche Standortfaktoren; sie liegen somit im direkten Interesse von lokalen Gewerbetreibenden, Hauseigentümern, Anwohnern und anderen Nutzergruppen. Die Erfahrungen aus Schweizer Städten und Gemeinden

zeigen, dass die Zusammenarbeit mit diesen Akteuren ein erfolgreicher Ansatz ist, um den Handlungsspielraum der öffentlichen Hand zu vergrössern und die Herausforderungen im öffentlichen Raum auf neue Art zu bewältigen. Zu diesen Ansätzen gehört beispielsweise die Abgabe von Verantwortung (Rechte und Pflichten) an die Raumnutzer, wie dies bei Gestaltung und Management von Jugend- und Freizeiträumen in Schweizer Städten wie Basel und Luzern bereits gemacht wurde. Bewährt hat sich auch der (Wieder-)Aufbau von sozialen Netzwerken in Quartieren zur Förderung von Raumaneignung, sozialer Kontrolle und Integration durch die Gemeinwesenarbeit. Solche Vorgehensweisen schaffen Synergien, stärken das Verantwortungsbewusstsein, fördern die Identifikation mit dem jeweiligen Raum und erhöhen die Akzeptanz von Massnahmen, weil sie gemeinsam getragen werden. Der Handlungsspielraum der öffentlichen Hand kann auch durch Kooperationen mit Akteuren aus der Wirtschaft erheblich verbessert werden. Dies gilt nicht nur für den Einbezug von Take-Away-Anbietern und Detailhändlern für die Abfallentsorgung der fliegenden Verpflegung. Auch die Zusammenarbeit mit Immobiliengesellschaften und dem Gewerbe kann durch Public Private Partnership (PPP) die Handlungsmöglichkeiten der Städte und Gemeinden erweitern. Denn diese haben durch bau-

### Kongress in Luzern

Am 28. und 29. Januar 2009 findet in Luzern ein Kongress zum Thema «Öffentlicher Raum – zwischen Planbarkeit und Unberechenbarkeit» statt. Die Veranstaltung widmet sich Grundsatzfragen und praktischen Ansätzen für die fach- und themenübergreifende Planung und Bewirtschaftung des öffentlichen Raums. Im Zentrum der Veranstaltung stehen die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Ämtern und Kooperationen mit Wirtschaft und Bevölkerung. Der Kongress will den disziplinenübergreifenden Dialog zwischen Fachleuten und Behördenmitgliedern zum öffentlichen Raum anregen und aktuelle Formen der Raumwahrnehmung und Raumaneignung aufzeigen. Weiter sollen fach- und themenübergreifende Handlungsansätze bei Planung und Management öffentlicher Räume vorgestellt, kooperative Modelle bekannt gemacht und die Zusammenarbeit der Städte und Gemeinden gefördert werden.

Der Kongress wird von der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit, dem Verein Future für the Commons sowie der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung (VLP-ASPAN) gemeinsam durchgeführt.

Anmeldung und weitere Informationen: [www.future-4-commons.ch](http://www.future-4-commons.ch)

liche Massnahmen und Stadtmöbel einen entscheidenden Einfluss auf die Gestaltung und Nutzbarkeit des öffentlichen Raums.

### Übergreifende Zusammenarbeit – eine erkannte Notwendigkeit

Die fach- und themenübergreifende Zusammenarbeit bedeutet allerdings einen erheblich höheren Aufwand als der normale Verfahrensweg. Sie beginnt verwaltungsintern und es ist unbestritten, dass eine Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Departementen wie Raumplanung, Polizei, Sozialarbeit, Hoch- und Tiefbau sowie Umwelt-

schutz für das Nutzungsmanagement des öffentlichen Raumes notwendig ist. Dem wird vielerorts Rechnung getragen durch gemeinsam ausformulierte Strategien wie zum Beispiel in Zürich durch Veranstaltungsstrategien, Quartierverträglichkeitsstrategien oder auch Strategien für die Gestaltung der öffentlichen Räume, an deren Ausarbeitung und Umsetzung immer auch mehrere Departemente und Verwaltungsabteilungen beteiligt sind. Die Stadt Luzern hat eine Stelle für Eventkoordination geschaffen und die Stadt St.Gallen einen Steuerungsausschuss für den öffentlichen Raum.

Die Erweiterung auf private Akteure führt zu zusätzlichem Koordinationsaufwand, was viele vor einer Zusammenarbeit zurückschrecken lässt. Dennoch zeigt die Praxis, dass sich der Aufwand lohnt. Denn durch eine partizipative Massnahmengestaltung werden nicht nur Synergien und Handlungsoptionen genutzt, sie schafft auch im Vorfeld eine gemeinsame Basis und ein Engagement, durch welche den Massnahmen die nötige Grundlage für eine langfristige und nachhaltige Wirkung gegeben wird.

*Till Berger, Verein Future for the commons, [www.future-4-commons.ch](http://www.future-4-commons.ch); Emanuel Müller, Hochschule Luzern – soziale Arbeit, Leiter Kompetenzzentrum Regional- und Stadtentwicklung, [www.hslu.ch](http://www.hslu.ch)*



Kantonale Koordinationsplattform Thurgau: Kanton, Gemeinden, Verbände und andere Interessengruppen entwickeln gemeinsame Strategien. (Bild: Till Berger)